

Rede von Günter Zabel am 21.03.2024 zum Haushalt 2024

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte/r Herr Stadtverordnetenvorsteher/in,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtparlaments von Darmstadt
und alle Bürger im Livestream,

ich stehe heute vor Ihnen, um eine dringende Angelegenheit anzusprechen, die das Wohl unserer Bürger betrifft. Die kürzlich erfolgten **Abgabenerhöhungen** waren unnötig und unfair, denn sie treffen diejenigen, die bereits finanziell über Gebühr belastet sind.

Darmstadt hat kein Ertragsproblem, sondern ein gewillkürtes Aufwandsproblem!

Der Voraussage von Warren Buffet ist Wirklichkeit geworden:
„Erst wenn die Ebbe da ist, merkt man, dass man ohne Badehose ins Wasser gegangen ist.“

Doch warum wurden unnötige Ausgabenerhöhungen ergriffen?
Antwort: Weil die Ebbe der Einnahmen erfolgt ist.

Es mangelte bisher nicht an finanziellen Ressourcen und Einnahmen, sondern es mangelt am Willen der Stadtregierung und auch großen Teilen der Opposition, ausreichend die Ausgaben zu reduzieren; das heißt: Unsere Stadt hat ein Haushaltstrukturproblem, nicht zu geringe Einnahmen, sondern zu hohe Ausgaben sind das Kernproblem. Lieber träumt man realitätsfremd, dass die Konjunktur in diesem Jahr die Steuereinnahmen wieder kräftig sprudeln lässt, und wird bereits im Herbst sein blaues Wunder erleben.

Sollen dann etwa noch einmal die Abgaben zweistellig wie im Falle der Grundsteuer um ca. 65 Prozent erhöht werden, um weiter die ideologischen Traumtänzereien durch den Bürger zu finanzieren?

Man muss sich nur die **Aufwandssteigerungen** der Haushalte der letzten Jahre anschauen und alles ist ersichtlich. Allein die Transferleistungen stiegen in 6 Jahren um satte ca. 68 %, die Personal- und Versorgungsleistungen um ca. weitere 64 % und Sach- und Dienstleistungsaufwände um ca. 61 %.

Die **Erträge** aus kommunalen Steuern im Haushalt stiegen um ca. 30 % in 6 Jahren.

Wie soll das funktionieren, das kann sich jeder mit Dreisatz ausrechnen, dass hier eine bedrohliche Schieflage herrscht, und die Zeche dafür zahlt eindeutig

der Darmstädter Bürger.

Es ist enttäuschend zu sehen, dass trotz der Möglichkeit, ca. 30 Millionen Euro einzusparen, dies versäumt wurde. Dieser Betrag wäre leicht gewesen einzusparen, um dem Bürger Abgabenerhöhungen zu ersparen.

Da wir ja in der üblichen **undemokratischen** Manier noch nicht einmal zum runden Tisch für die Haushaltsvorbesprechungen eingeladen wurden, hier ein paar Denkanstöße:

- a) Die Einhaltung des **KfW55- Baustandards** statt KfW40 hätte schon zu einer großen Einsparung geführt. Stattdessen haben sie eine unnötige Belastung für unsere Bürger im Namen ideologischer Vorstellungen den Vorzug gegeben. Dies war bereits von Oberbürgermeister Hanno Benz erwähnt worden, als er im Herbst 2023 seinen Widerspruch zur Kapitalerhöhung des Bauvereins begründete. Taten blieben wie immer aus.
- b) Auch die „**Puffer-Wirtschaft**“ kann man sich im wahrsten Sinne des Wortes ersparen. Einige Projekte sind in 2024 runter gefahren worden und dennoch wurden dafür Millionenbeträge in den Haushalt 2024 eingestellt. Ein typisches Beispiel ist das Bauprojekt der Rheinstraßenbrücke, wo ca. 2 bis 3 Millionen hätten abgeplant werden können. Mit diesem Geld aber scheint man (mit anderen weiteren Projekten) eine Übertragungsgeldsumme in 2024 einzuplanen, um sie dann für den schon jetzt abzeichneten „Nothaushalt“ 2025 zu übertragen.
- c) Ebenso sollten wir die jährlichen ca. 20 Millionen Euro **Subventionen**, die dem **Staatstheater** zugewiesen werden, im Auge behalten. Auch hier hätte man mit Leichtigkeit eine Einsparsumme herausnehmen können. Natürlich ist Kultur wichtig und hat ihren Platz in unserer Gesellschaft, aber in Zeiten knapper Kassen müssen wir Prioritäten setzen und sicherstellen, dass öffentliche Gelder effizient eingesetzt werden. Zudem müssen sich kleine Kulturbetriebe mit hömopathischen Dosen an Zuschüssen begnügen und das mit üppigen Subventionen ausgestattete Eintrittsticket für das Staatstheater hätte halt ein paar Euros mehr gekostet. Das ist in Zeiten chronisch knapper Kassen besser, als flächendeckend im Ballungsgebiet mit ca. 65 % Erhöhung der Grundsteuer den knappen Darmstädter Wohnraum mit Nebenkosten zu belasten.
- d) Und die **freiwilligen Leistungen**? Was gibt es hier für Einsparmöglichkeiten? Das dürfte so einiges sein, setzt aber voraus, dass man eine Haushaltsanfrage der AfD in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit von 4 Wochen beantwortet, um überhaupt ernsthaft eine Haushaltsdebatte zu führen, die den Namen berechtigter Weise trägt. Statt 4 Wochen **über 5 Monate** eine Anfrage nicht zu beantworten, gleicht schon der Behinderung oppositioneller Arbeit, und ohne Teilnahme am runden

Tisch kann man schon von Sabotage sprechen. Um hier mal ein paar Fragen hervorzuheben, die unbeantwortet blieben:

Wie zum Beispiel setzen sich die **städtischen Zuwendungen** in Höhe von 66,8 Mio Euro an Kitas, freie Träger oder Kirchen zusammen?

Welche der nicht-gesetzlichen, aber auch der vertraglichen Verpflichtungen können geändert und wann - im Fall der vertraglichen Natur - beendet werden?

Oder mal zur Abwechslung was aus dem Bereich Klimaschutz und den **Klimatransformationsfonds**:

Wie hoch ist die Geldsumme, die die Stadt aus den eingestellten Klimafonds (und weiteren Fonds) eingeplant hatte und durch das Bundesverfassungsgericht und dessen Entscheidung für den Steuerzahler nun nicht mehr im Rahmen des Darmstädter Haushalts zur Verfügung stehen und daher nie ausgeführt werden?

- e) Und was ist mit den **Einsparungsempfehlungen** des **Regierungspräsidiums**, die den Verkauf von Anteilen der städtischen Stadtwirtschaft fordern?

An diesem kleinen Exkurs sehen Sie schon die enormen Einsparmöglichkeiten, die Sie aber nicht willens sind anzuwenden, sondern lieber den Weg der Belastung der Darmstädter Steuerzahler den Vorzug geben.

Darüber hinaus sollten wir einen Blick in die Zukunft werfen.

Was passiert in 6 Monaten, wenn die **zukünftigen Steuereinnahmen** aufgrund des weiter sinkenden Wirtschaftswachstums stagnieren?

- a) 1,5 Jahre **stagnierendes Wirtschaftswachstum** und Deindustrialisierung Deutschlands hinterlassen eine Spur, die sich auch in sinkenden steuerlichen **Erträgen** der Kommunen niederschlägt.
- b) Zu den eher **hausgemachten Ertragsproblemen** sind die stagnierenden Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Darmstadt zu zählen, wo man sich unter den Städten einen Wettlauf mit der Stadt Offenbach um „die Rote Laterne“ in den Stadtkreisen liefert. Software AG, Evonik und Merck, um nur einige der Hauptzahler der Gewerbesteuer zu nennen, wollen allesamt in Darmstadt Personal abbauen, und die Umsatzzahlen sind alles andere als rosig.
- c) Auch der geänderte **Verteilungsschlüssel** des Landes zwischen den hessischen Land- und Stadtkreisen zu Ungunsten der Stadtkreise ist beachtenswert.

Aus allen diesen Gründen wird die AfD den Haushalt 2024, so wie er heute hier verabschiedet werden soll, diesmal vehement ablehnen!

Es ist also unumgänglich, dass wir uns auf **mögliche weitere wirtschaftliche Herausforderungen** vorbereiten und entsprechende Maßnahmen rechtzeitig ergreifen, um unsere Stadt finanziell zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen.

Es ist an der Zeit, dass wir verantwortungsbewusst und **nachhaltig** bei den **Finanzen** handeln und die Prioritäten neu setzen.

Unsere Bürger sollten nicht die Last unserer finanziellen Traumtänzereien tragen müssen. Lassen Sie uns zusammenarbeiten, um eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft für alle Einwohner von Darmstadt zu schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!